

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1903

18.9.1903 (No. 256)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 18. September.

№ 256.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf., durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Eindrückungsgebühr: die gepaltene Beitzelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unberlangte Drucksachen und Korrespondenzen jeder Art, sowie Rezensionsexemplare werden nicht zurückgeschickt und übernimmt die Redaktion dadurch keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung.

1903.

Nach den norwegischen Stortingswahlen.

a. c. Wenn bei der Besprechung der die norwegischen Stortingswahlen einleitenden Kämpfe der Meinung Ausdruck gegeben wurde, daß diese Wahl eine Epoche in Norwegens Geschichte bedeuten werde, so hat ihr nunmehr abgeschlossen vorliegendes Ergebnis diese Ansicht in weitestem Umfange bestätigt. Die Partei, die lange Jahre die unbedingte Herrschaft in der Volksvertretung und im Lande befehlen hat, und zwar in dem Grade, daß sie noch zuletzt nahezu über eine Zweidrittelmajorität im Storting (73 von 117 Stimmen) verfügte, — diese Partei ist in die Minorität hinabgedrückt worden. Und zwar durch ein wahrhaft niederschmetterndes Votum des ganzen Landes. Sie auf Sitz ihr verloren; alle vier großen Städte des Landes, Christiania, Bergen, Stavanger, Drontheim, zuletzt sämtlich im Besitze der Linken und zum Teil, wie besonders Bergen, als ihre festen Burgen angefallen, erklärten sich gegen sie. Selbst da, wo sich Venstre noch behaupten konnte, sah sie fast durchweg ihre Stimmzahl verringert, die der Gegner gewachsen. Kurz: das norwegische Volk hat mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit erklärt, daß es der Mehrschichten Regierung überdrüssig sei.

Wir sagen: der Mehrschichten Regierung, und nicht der Linken-Partei. Denn das Votum des Landes — und das ist einer der bemerkenswertesten Züge dieser Wahl — richtet sich ausdrücklich gegen die Regierung und ihre Clique. Zu ihrem Sturze haben sich mit der Rechten die frondierenden Elemente der Venstre-Partei zusammengesetzt. Es steht also der orthodoxen Mehrschichten Linken im neuen Storting nicht eine vollkommen geschlossene Partei gegenüber, sondern die Majorität setzt sich aus zwei Gruppen zusammen, deren organische und wahrhafte Verschmelzung durch den Ausgang dieser Wahl zum bedeutendsten Probleme der inneren norwegischen Politik gestempelt worden ist. Von diesen beiden Gruppen ist die Rechte eine andere, als sie anno 90 war, da sie inzwischen ihren großen politischen Fehler gut gemacht und sich auf den Boden einer nationalen Politik gestellt hat. Wird also die Rechte sich jetzt voraussichtlich vor dem Fehler hüten, reale Notwendigkeiten des norwegischen Lebens aus überhitzter Unionslojalität zu ignorieren, so hat sich auf der anderen Seite die jetzt mit ihr verbündete dissidente Linke von dem törichtesten Schwendhaffe und dem forcierten Norwegertum befreit, an dem die Regierungspartei krankt. Der Boden für eine fruchtbare Zusammenarbeit beider Gruppen ist also gegeben und im neuen Ministerium werden beide in der Praxis einander mehr und mehr kennen und verstehen lernen. Wer Zeuge des geradezu fanatischen Hasses zwischen Sjöire und Venstre, etwa zurzeit des bekannnten Flaggenstreites, gewesen ist, wird die ganze Tragweite dieser neuen Parteibildung zu würdigen wissen. Neben dem tüchtigen und hochangesehenen Parteiführer der Rechten, Professor Hagerup, dürften in dem besonnenen und patriotischen Bergenser Politiker Wollert Konow und in Dr. Sigurd Björn, der, obgleich Mitglied der Mehrschichten Regierung, doch nicht ganz auf ihrem Standpunkte steht, Männer der Zukunft zu erblicken sein.

Zum ersten Male ziehen in das festungsähnliche Haus an der Carl-Johannes-Gade sozialdemokratische Volksvertreter, vier an der Zahl, ein. Auch sie haben ihre Mandate auf Kosten der Linken erobert. Bismarcks Charakteristik des liberalen Radikalismus als einer Vorfrucht der Sozialdemokratie, trifft auf die norwegische Linke absolut vollkommen zu. Zahlen beweisen: in Christiania zählte 1900 die Linke 13 300 Stimmen; 1903 erhielt sie nur noch 5406 und mußte den Sozialisten 6701 Stimmen abgeben. In Drammen, wo die Stimmzahl der Rechten gegen 1900 noch zugenommen hat, sank die Linke von 813 auf 546 Stimmen, und die Sozialdemokratie von 331 auf 792 Stimmen. In beiden Fällen der gleiche Vorgang: die Sozialdemokratie nährt sich von der Linken; und das ist auch sehr natürlich. Die Regierungspartei hat ein so leichtsinniges Spiel mit den radikalsten politischen Ideen getrieben, so zweideutig mit dem Radikalismus kokettiert und ist zum Zwecke des Stimmengewinnes so bereitwillig selbst auf die abenteuerlichsten politischen Projekte eingegangen, daß für den norwegischen Wähler der Uebergang von der Regierungspartei zur Sozialdemokratie nicht mehr viel bedeuten will. Ob der Sozialismus in Norwegen eine wirkliche Zukunft vor sich hat, läßt sich zurzeit schwer beurteilen. Auf der einen Seite liegt im norwegischen Volke zweifellos ein gewisser

Zug zum Fanatismus; und besonders in dem freilich nicht wahrscheinlichen Falle, daß die norwegische Sozialdemokratie einen gewissen religiösen Anstrich annehme, wäre es nicht ausgeschlossen, daß sie unter der Bauernschaft Anhänger gewinnt. Auf der anderen Seite leidet der nüchterne Sinn des norwegischen Volkes Bürgschaft dafür, daß die Bäume der Sozialdemokratie auch im Norden nicht in den Himmel wachsen.

Für die praktische Politik bedeutet das Ergebnis der norwegischen Wahlen, daß die Konsultationsfrage schnell und wesentlich im Sinne der norwegischen Forderungen gelöst, daß die Frage des Außenreichs-Ministers aufgeschoben, d. h. auf abschbare Zeit von Norwegen preisgegeben wird. Das Verhältnis zu Schweden wird in durchaus wohlwollendem Sinne behandelt werden, der Unionsgedanke geht aus langer Krisis siegreich hervor und mit ihm ist das Königtum neu gestärkt, dessen Träger in diesen schweren Jahren sich so trefflich bewährt hat. Die durch die Verschärfung des Verhältnisses zu Schweden mächtig angewachsenen militärischen Lasten dürften eine Erleichterung erfahren, und dadurch wieder wird einer geübteren Finanzgebarung der Weg gebahnt. So kann man das Ergebnis der norwegischen Stortingswahlen nach allen Seiten als ein günstiges bezeichnen und man darf dem norwegischen Volke dazu Glück wünschen, daß sein gesunder Sinn sich endlich durchgerungen hat.

Die englische und die deutsche Handelsmarine.

Der englische Schiffbau befindet sich ebenso wie manche andere bedeutende Industrie des Vereinigten Königreiches in keiner beneidenswerten Lage. Mißerfolge und Mißerhältnisse sind auf allen Gebieten zutage getreten. Wenn man von dem jüngsten Mißerfolg, der englischen Niederlage des „Shamrock“ gegenüber der amerikanischen Rennyacht „Reliance“, als von einem Vorläufer privater Natur und untergeordneter Bedeutung absteht — obwohl gerade in England diesem Ausgange des Rennens eine höhere Beachtung entgegengebracht wird, als selbst einem wichtigen Ereignis auf politischem Gebiete, — so bleiben doch unliebsame Erfahrungen genug übrig, um die englischen Schiffbauer und die Vertreter verwandter Industrien mit Sorge und Unbehagen zu erfüllen.

Das Wachstum der britischen Kauffahrteiflotte ist, nachdem fremdländische Handelsmarine immer zahlreicher und kräftiger auf dem Plane erschienen sind, in ein verhängnisvolles Stadium getreten; auch haben die glänzenden Leistungen besonders der deutschen Schiffswerke, was die Solidität der Fahrzeuge und die Kürze der Bauperiode anlangt, der englischen Schiffbauindustrie schmerzliche Wunden geschlagen. Mit schlecht verbelegtem Reide sehen heute die Werftbesitzer am Elbe und Thyne den Lohn ersten Strebens und tüchtiger Arbeit, wie sie auf deutschen Bauplätzen gefunden werden, zutage treten in den auszeichnenden Frequenzziffern des Personenverkehrs und den wachsenden Aufträgen für Gütertransporte, die den deutschen Ozeandampfern vor den englischen Fahrzeugen zuteil werden.

Die Ursachen dieser auffälligen Schwächung der englischen Schiffbauindustrie liegen auf verschiedenen Gebieten. Ebenso wie eine nicht geringe Anzahl von Industrien Englands, beispielsweise der Maschinenbau, die Textilindustrie, der Kohlenbergbau u. a., viel von ihrer früheren beherrschenden Stellung eingebüßt haben, weil sie einer mehr und mehr stagnierenden Tätigkeit verfallen sind, müssen auch die Inhaber der großen englischen Werften und die Vertreter der verwandten Industrien zugeben, daß in vielen Fällen ihre Unternehmungen in Anbetracht der Einrichtung und Organisation der Betriebe, Maschinen- und Beleuchtungsanlagen, der Eisenbahnanschlüsse usw., nicht ganz auf der Höhe stehen und somit in eine ungünstige Lage gegenüber erstklassigen Unternehmungen der ausländischen Schiffbauindustrie gelangt sind. Dazu kommt, daß die Gestehungskosten durch Steigerung der Preise für Bau- und Betriebsmaterial höher geworden sind, ein Umstand, der jedoch nicht entfernt die Bedeutung beanspruchen kann, die dem schnellen Wachstum der Löhne der in den Trade Unions organisierten Arbeitern beigemessen werden muß. Solange der englische Schiffbau der erste der Erde war und keine oder doch nur geringfügige Konkurrenz zu fürchten hatte, konnte darin kein Hemmnis für den finanziellen Erfolg der Unternehmungen gesehen werden und konnten die auf den Werften beschäftigten Arbeiter und Werkleute getroffene höhere Löhne als in irgend einem verwandten ausländischen Betriebe beanspruchen, waren sie doch tatsächlich den Angestellten dieser Unternehmungen an Kenntnissen und Leistungsfähigkeit überlegen. In neuester Zeit aber haben sich die Verhältnisse vielfach umgekehrt, wie die fortgesetzten Klagen über die große Zahl der ungelerten und mangelhaft vorgebildeten Arbeiter auf englischen Werften beweisen, und tatsächlich bezieht heute die Mehrzahl dieser Leute die höheren Lohnsätze unbedeutenderweise.

Vielleicht noch unerfreulicher und schwieriger ist die Lage der großen und kleinen Schiffahrtsgesellschaften in England, von der zum ersten Male bei dem Abschlusse des nordatlantischen Schiffahrtsindicates weitere Kreise Kenntnis erhielten. Mehrere Lieberfeelinien, deren Alter und Geschäftsumfang eine unveränderte Fortdauer ihrer Lehrschwivirtschaftlichen Stellung und Bedeutung zu gewährleisten

schien, verloren ihre Selbständigkeit; die bedeutendste der am atlantischen Verkehr beteiligten britischen Schiffahrtsgesellschaften konnte nur auf Grund einer schweren staatlichen Subvention vor dem gleichen Schicksal bewahrt werden, und seitdem sind noch mehrere kleinere Gesellschaften oder geringere Dampferbestände von dem Seeverkehrsbesitz Englands abgebrockelt. Infolgedessen hat die englische Schiffahrtsindustrie gerade von dem hervorragend wichtigen und gewinnbringenden nordatlantischen Verkehr viel verloren; namentlich das Passagiergeschäft ist zu seinem größten und einträglichsten Teile in die Hände der großen deutschen Schiffahrtsgesellschaften übergegangen.

Es ist kein Zweifel, daß neben der Solidität und Bequemlichkeit der Einrichtung und des Aufenthalts an Bord in erster Linie die größeren Fahrleistungen den deutschen Ozeandampfern die Ueberlegenheit verschafft haben. In dieser Beziehung wird, wenn auch mit gemischten Gefühlen, von englischer Seite der Vorrang den deutschen Schiffen rückhaltlos zugestanden, allerdings mit der gleichzeitigen Ankündigung, daß dieser Zustand nur ein temporärer sei und daß der englische Schiffbau das Versäumte einholen und auch hinsichtlich der Schnelligkeit die britischen Schiffe wieder zu Ehren bringen würde. In Versuchen, diese Ankündigung wahr zu machen, hat es nicht gefehlt. Noch sieht sich die Geschäftsleitung der Cunardlinie der schwierigen Aufgabe gegenüber, die an die Gewährung der Staatssubvention von jährlich 60 Millionen Mark geknüpfte Bedingung, Herstellung von einigen den ersten deutschen Schiffen überlegenen Schnelldampfern, zu erfüllen, ein Verlangen, das Regierung und Volk mit gleicher Dringlichkeit gestellt haben, dessen Ausführbarkeit aber keine einzige englische Werft zu erproben magt! Ohne gleichwertiges Schiffsmaterial, vor allem hinsichtlich der Fahrleistungen völlig gleichwertiges Schiffsmaterial, kann aber, darüber ist man sich in den maßgeblichen Kreisen Englands durchaus klar, ein Wettbewerb mit den großen deutschen Gesellschaften mit Aussicht auf Erfolg nicht versucht werden.

Es erscheint deshalb nur eine natürliche Folge solcher Wünsche und Erwägungen, daß man nach Mitteln sucht, um diese Rückständigkeit zu beseitigen und die Differenz in der Schnelligkeit nach Möglichkeit auszugleichen, wenn nicht zugunsten der englischen Dampfer umgestaltet. Man wird daher für die nächsten Jahre eine weitere Anspannung der englischen Werften und eine weitere Steigerung der Bestrebungen, den deutschen Reedereien ihren Erfolg streitig zu machen, erwarten dürfen.

Die ungarische Krise.

* Die Verschleppung der ungarischen Krise macht sich in Ungarn in allen Zweigen des Staatslebens so empfindlich fühlbar, daß der König sich entschlossen hat, noch im Laufe dieses Monats abermals nach Budapest zu kommen, um womöglich eine Lösung herbeizuführen. Bisher gibt es, wie der „Köln. Ztg.“ aus Budapest geschrieben wird, einen einzigen Vorschlag, der Aussicht auf Erfolg bietet. Er stammt von Weyerle und bezweckt dem Wesen nach, daß die neue Regierung eine feierliche Erklärung abgeben und sich dahin aussprechen soll, daß Ungarn wohl ein Recht auf die ungarische Dienstsprache habe, daß jedoch die Zeit nicht geeignet sei, um dieses Recht geltend zu machen, und daß man aus Zweckmäßigkeitsgründen davon absehen müsse, in der Sprachenfrage irgend etwas zu ändern. Auf diese Weise würde die Unabhängigkeitspartei wenigstens einen grundsätzlichen Erfolg erzielt haben, während doch alles beim alten bliebe und der weitere Fortbestand der deutschen Armeesprache gesichert wäre. Die Krone verhält sich zurzeit diesem Plane gegenüber entschieden ablehnend, sie vertritt den Standpunkt, daß der ungarische Reichstag sich in diese Frage überhaupt nicht einzumischen habe, und noch viel weniger will sie davon wissen, daß der Reichstag sich für irgend ein Recht Ungarns auf die ungarische Dienstsprache ausspreche. In der Unabhängigkeitspartei dagegen ist trotz der unangenehmigen Haltung der jüngeren Elemente in weiten Kreisen die Geneigtheit vorhanden, auf der Grundlage des Weyerleischen Vorschlages einen Friedensschluß zu ermöglichen. Sogar Mitglieder der Obstruktionsfraktion haben sich hierfür bereits offen ausgesprochen. Sollte die Lösung auf diesem Wege versucht werden, so wäre es nur logisch, wenn der Urheber des Planes, Weyerle, mit der Kabinettsbildung betraut würde; dafür ist jedoch wenig Aussicht vorhanden. Wie es scheint, will man jetzt in Wien einen Versuch machen, Koloman Szell zurückzurufen, der nebst Apponyi und Weyerle wohl der volkstümlichste Staatsmann Ungarns ist.

(Telegramme.)

Der Armeebefehl des Kaisers.

* Wien, 17. Sept. Seine Majestät der Kaiser hat nachfolgenden Armeebefehl erlassen: „Staatsgeschäfte nahmen mich in jener Zeit in Anspruch, die ich dem diesjährigen Manövern des 7. und 12. Armeekorps so gern gewidmet hätte. Indem ich Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den General der Kavallerie Erzherzog

Franz Ferdinand mit meiner Vertretung betraut, blieb ich durch dessen Berichte in steter Kenntnis vom Manöververlaufe und hatte die erwartete Befriedigung, von Sr. Kaiserl. und Königl. Hoheit nur Lob und Anerkennung des gesamten Zustandes, der Leistungen beides Korps des Heeres, sowie der zugezogenen Heereskörper, der ungarischen Landwehr, zu vernehmen. Den großen Kavalleriemänövern in Galizien antwortend, konnte ich mich von vortrefflicher Anlage, Leistung und Durchführung derselben, von der vorzüglichen Verfassung und hohen Leistungsfähigkeit aller Beteiligten erneut überzeugen. Je fester begründet mein günstiges Urteil über den militärischen Wert, die hingebungsvolle Dienstfreudigkeit und das einmütige Zusammenwirken aller Teile meiner gesamten Heeresmacht ist, desto mehr muß und will ich an deren bestehenden und bewährten Einrichtungen festhalten. Mein Heer insbesondere, dessen Gefüge einseitige Bestrebungen in Verkennung der hohen Aufgabe, die dasselbe zum Wohle beider Staatsgebiete zu erfüllen hat, zu lockern geeignet wären, möge wissen, daß ich mich der Rechte und der Befugnisse nicht begeben, die einem obersten Kriegsherrn verbürgt sind. Gemeinsam und einheitlich wie es ist, soll mein Heer bleiben, die starke Macht zur Verteidigung der österreichisch-ungarischen Monarchie gegen jeden Feind. Getreu ihrem Eide ist meine gesamte Heeresmacht, fortschreitend auf dem Wege ernster Pflichterfüllung, durchdrungen von jenem Geiste der Einigkeit und Harmonie, der jede nationale Eigenart achtet, alle Gegensätze löst und die besonderen Vorzüge eines jeden Volksstammes zum Wohl des großen Ganzen verwertet.

* Wien, 17. Sept. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird der Reichsrat am 23. September zu einer längeren Session einberufen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Mannschaften des dritten Jahrganges zu entlassen.

* Debnburg, 17. Sept. Die Meldung von der angeblichen Revolte des 18. Honved-Regimentes, bei dem 87 Mann verhaftet und 40 desertiert sein sollen, wird dem „Ang.-Korrespondenz.“ als vollständig un wahr bezeichnet.

Die Vorbildung zum Justiz- und Verwaltungsdienst in Preußen.

* Berlin, 16. September.

Schon in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Vorlagen, betreffend die Vorbildung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst, ist mehrfach der Gedanke zum Ausdruck gelangt, daß es sich angesichts der Schwierigkeiten, welchen die Verlängerung des Studiums um ein Semester im Landtage begegnet ist, empfehlen würde, zunächst die Referendariatsprüfung so einzurichten, daß sie nur derjenige Kandidat der Rechtswissenschaften bestehen könne, welcher das volle Maß der mit der Verlängerung der Studienzeit erstrebten juristischen Ausbildung sich angeeignet hat, und zwar innerlich durch wirkliches Studium und nicht bloß äußerlich durch Einpauserei.

Neuerdings sind im Hinblick darauf, daß demnach die Entscheidung darüber zu fassen sein wird, ob der in den vorigen Tagungen des Landtages nicht zu einem positiven Ergebnis geführte gesetzgeberische Plan wieder aufzunehmen ist, in der Presse Erwägungen ähnlicher Art entgegengetragen worden, insbesondere auch mit Rücksicht auf die staatswissenschaftliche Ausbildung der höheren Justiz- und Verwaltungsdienstes. Ohne Zweifel wäre eine solche Ausgestaltung des Referendariatsexamens praktisch möglich; aber man wird doch nicht verkennen können, daß dem Gedanken überwiegende Bedenken entgegenstehen.

Die Staatsregierung, insbesondere die Justizverwaltung, welche in erster Linie die Verantwortung für die Gestaltung des Referendariatsexamens trägt, ist der festen Ueberzeugung, daß das Maß juristischer Ausbildung, welches zum Bestehen eines in der geforderten Weise ausgestalteten Referendariatsexamens notwendig ist, sachgemäß nur bei einem Studium von 7 Semestern erworben werden kann. Die Justizverwaltung würde daher mit sich selbst in einen kaum lösbaren Widerspruch geraten, wenn sie gleichwohl die Anforderungen bei der Referendariatsprüfung so hoch spannen wollte, wie dies nur bei Verlängerung des Studiums auf 7 Semester verdinglich wäre, obwohl das Gesetz ein Universitätsstudium von drei Jahren für ausreichend erklärt. Ja, es würde sogar mit dem Grundsatz loyaler Ausführung der bestehenden Gesetze kaum zu vereinbaren sein, wenn die Justizverwaltung die Anforderungen bei der Referendariatsprüfung so steigern wollte, daß sie nach ihrer eigenen festen Ueberzeugung mit der im Gesetz vorgeschriebenen Studienzeit von 6 Semestern nicht erfüllt werden können. Es hieße das tatsächlich nichts anderes, als, während das Gesetz ein Studium von 6 Semestern für ausreichend erklärt, indirekt eine Verlängerung des Studiums auf mindestens 7 Semester herbeiführen wollen.

Abgesehen von diesen Bedenken grundsätzlicher Art, erheben sich aber auch solche von unmittelbarer praktischer Bedeutung. Man würde, indem man die Anforderungen für die Referendariatsprüfung so steigert, daß sie nur bei einem Studium von 7 Semestern abgelegt ist, während das Gesetz deren 6 für ausreichend erklärt, viele Studierende verleiten, nach einer Studienzeit von 6 Semestern in die Prüfung zu gehen, um dann in der Regel durchzufallen. Aber nicht genug damit, man würde viele Studierende der Rechtswissenschaften geradezu induzieren, ihr Studium, obwohl zur vollständigen Aneignung des Stoffes 7 Semester notwendig sind, auf 6 Semester einzurichten. Dieser falsche Zuschnitt des Universitätsstudiums würde naturgemäß der juristischen Ausbildung der künftigen Amtsträger des Justizdienstes dauernd anhaften, denn die Mängel dieses Zuschnitts lassen sich durch Nachholung eines Semesters nach erstmalig bestandener Referendariatsprüfung nicht annähernd ausgleichen. Man würde also sowohl den Studierenden der Rechtswissenschaften als dem Justizdienst selbst einen schlechten Dienst leisten, wenn man, bevor die gesetzlichen Bestimmungen über die Mindeststudienzeit anderweit ge-

regelt sind, die Anforderungen der Referendariatsprüfung so hoch spannen wollte, daß ihnen nur bei einem Studium von mindestens 7 Semestern genügt werden kann.

Die Föderation der malajischen Staaten.

Paris, 16. September.

Gegen Ende des Monats Juli hat, wie aus Bangkok berichtet wird, in Sula-Lampur eine Bundesversammlung der unter britischem Protektorat stehenden malajischen Staaten der Halbinsel Malacca stattgefunden. Der englische Gouverneur der Straits-Settlements traf am 19. Juli in Sula-Lampur ein und wurde von dem Generalresidenten, den Residenten der Staaten, den Sultanen und ihrem Gefolge und der Bevölkerung, die in großen Massen zusammengeströmt war, mit Enthusiasmus empfangen. Die Konferenz wurde am 20. Juli in einem eigens für diesen Zweck errichteten Gebäude abgehalten. Der Sultan von Selangor verlas eine Ansprache, in welcher er auf die Fortschritte hinwies, welche seit 1895 durch die Föderation erzielt wurden, auf die Entwicklung der Eisenbahnen und ihre Einnahmen usw. Auch andere Reden wurden gehalten, welche alle die Bedeutung der Föderation hervorhoben. Die Nachrichten über diese Konferenz werden in französischen Kolonialkreisen mit großem Interesse aufgenommen. Charles Lemire, gewesener Resident in Tonkin und ein verdienter Kolonialschriftsteller, schreibt darüber: Welch schlagendes und nachahmenswertes Beispiel! Sind wir nicht die Nachbarn der Laos-Staaten am rechten Mekongufer und mehr noch als ihre Nachbarn? Haben sie uns nicht um unsere Unterstützung ersucht? Haben wir aus ihnen eine Föderation geschaffen? Haben wir Residenten eingesetzt? Haben wir Straßen, Schulen, Spitäler, Post und Telegraphen, Eisenbahnen errichtet? Warum warten wir noch mit der Anregung dieses Bundes der Laos-Länder?

Großherzogtum Baden.

Karlsruhe, 17. September.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und der Erbgroßherzog begaben sich gestern vormittag 10 Uhr von Schloß Mainau nach Weinburg, um Höchstherrn hohenzollernschen Verwandten einen Besuch abzustatten. Ihre Königlichen Hoheiten fuhrten mit Extraboot nach Rorschach, wo Seine Königliche Hoheit der Fürst von Hohenzollern Höchstdieselben erwartete und mit Wagen nach Schloß Weinburg geleitete. Ihre Königliche Hoheit die Fürstin von Hohenzollern empfing Höchstherrn Gäste im Schloße. An fürstlichen Verwandten waren anwesend: Ihre Majestät die Königin-Witwe von Sachsen, Seine Majestät der König von Rumänien, Ihre Königliche Hoheit die Gräfin von Blandern, Seine Durchlaucht der Prinz und Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Karl von Hohenzollern und Ihre Durchlauchten der Prinz und die Prinzessin Friedrich von Hohenzollern. Nach der gemeinsamen Frühstückstafel verweilten die Höchsten Herrschaften noch längere Zeit im Kreise der fürstlichen Familie und kehrten gegen 6 Uhr von Rorschach mit der Eisenbahn nach Konstanz und von da nach Schloß Mainau zurück, wo die Ankunft gegen 8 Uhr erfolgte. Staatsminister von Brauer ist gestern abend auf Schloß Mainau angekommen. Oberhofmarschall Graf Andlaw hat am letzten Montag Schloß Mainau mit Urlaub verlassen und Oberstschloßhauptmann Offensandt von Bercholz hat vertretungsweise den Dienst übernommen.

* Der Eisenbahnweg über Sibirien wird am 1. Oktober für den internationalen Postverkehr eröffnet und zur Beförderung von Briefsendungen aller Art aus Deutschland nach folgenden Ländern Ostasiens benutzt werden: 1. nach China mit Ausschluß des südlichen Teils, 2. nach dem Deutschen Schutzbereich von Kiautschou, 3. nach Japan mit Ausschluß der Insel Formosa, 4. nach Korea. Es bietet sich auf diesem Wege eine wöchentlich viermalige Verbindung nach Peking, Tientsin, Tonglu und Tschifu und eine wöchentlich mindestens einmalige Verbindung nach Shanghai und nach Japan. Der erste Verband über Sibirien wird am 30. September von Berlin abgehen. Die Abfertigung erfolgt täglich. Die Dauer der Beförderung beträgt je nach den Anschlüssen von Berlin bis Peking und Tientsin 20 bis 22 Tage, bis Shanghai und bis Nagasaki 22 bis 28 Tage.

* Auf Ansuchen des Großh. Oberrats der Israeliten hat das Königl. Generalkommando des XIV. Armeekorps die unterstehenden Truppenteile und Bezirkskommandos in Kenntnis gesetzt, daß den israelitischen Einjährig-Freiwilligen gestattet sei, bei den Truppenteilen, bei denen sie auf 1. Oktober d. J. einzutreten hätten, um die Genehmigung nachzugehen, wegen des auf den genannten Tag fallenden Verlobungstages sich erst am 2. Oktober zu stellen, und daß die Genehmigung in jedem Falle zu erteilen sei. Entsprechende Befehle werden hiernach unverweilt bei den betreffenden Truppenteilen einzureichen sein.

* (Nationalliberaler Verein Karlsruhe.) An Stelle des Herrn Professor Dr. Goldschmidt, der, wie bekannt, zurückgetreten ist, wurde, lt. „Bad. Dztg.“, in der gestrigen Versammlung des Ausschusses des Nationalliberalen Vereins Karlsruhe Herr Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Dr. Binz zum Vorsitzenden und zum Schriftführer an Stelle des Herrn Dr. Binz, der bisher dieses Amt bekleidete, Herr Stadtrat D. Hertzog gewählt. Bekanntlich nimmt der Ausschuss des Nationalliberalen Vereins in der Organisation der Partei zugleich die Stellung des Geschäftsführers den Ausschusses der Nationalliberalen Baden ein.

*(Sitzung der Strafkammer I vom 16. September.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Siegel. Vertreter der Großh. Staatsanwaltschaft: Staatsanwalt Dr. Groch; später Hr. v. Red. — In der Berufungssache des Lokomotivführers Valentin Neundorfer aus Rorschach

wegen Verleumdung lautete das Urteil auf 100 M. Geldstrafe. — Angeklagt wegen Körperverletzung waren der Hilfskassier Bius Brunner aus Durmersheim und der Stationsverwalter Heinrich Gumbach aus Oberhausen, wohnhaft in Durmersheim. Gumbach wurde freigesprochen, Brunner zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. — In der Anklagesache gegen den Dekorateur Julius Lumenthal aus Mangerkirchen wegen groben Unflugs erging ein freisprechendes Erkenntnis. — Wegen eines in Rastatt verübten Betrugs erhielt der Tagelöhner Wilhelm Heinrich Hebel aus Gernsbach, ein schon mehrfach bestraffter Schwindler, 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Gegen den Tagelöhner Philipp Anselm aus Karlsruhe, der dem Milchhändler J. Rieg hier aus dessen Wohnung am 29. Juni 300 M. und am 18. August 200 M. entwendete, erkannte der Gerichtshof auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

*(Aus dem Polizeibericht.) Gestern vormittag halb 12 Uhr entgleit ein an der Haltestelle am Durlacherer ein Straßenbahnwagen und kam dabei quer über die Gasse zu stehen. Der Verkehr wurde während der halbstündigen Störung durch Umsteigen aufrecht erhalten. — Am 12. d. M., abends, wurde in einer Wirtschaft ein Ueberzieher im Werte von 58 M. gestohlen. — Das Fahrrad, welches am 12. d. M. aus dem Keller des Schulhauses in der Gartenstraße abhanden kam, ist wieder beigebracht. — Am Hauptbahnhof wurde am 14. d. M. wiederum einer Dame das Portemonnaie aus ihrer hinteren Hosentasche entwendet. — Verhaftet wurden: ein hiesiger mittelgroßer Kaufmann aus Ottenau, der sich in einem hiesigen Gasthaus eingelagert und dadurch den Inhaber um 30 M. schädigte; ferner ein Italiener, der dringend verdächtig ist, in der Weststadt 29 Mark gestohlen zu haben und endlich ein Handelsreisender aus Lahr, der hier unter falschem Namen logierte, von der Staatsanwaltschaft Duisburg wegen Betrugs verfolgt wird und dringend verdächtig ist, hier mehrere Diebstähle begangen zu haben.

*(Das Kolosseum) bietet in seinem neuen Programm sehr sehenswerte Vorführungen: Les Seymours sind überaus leistungsfähige Rastequilibristen; Herr Bob Karnia weiß seine überraschend vollendete Jongleurkunst mit gefälliger Humor auszuführen. Ueber eine große Vielseitigkeit verfügt Fräulein Lucie Verdier, sie ist Cornet-, Waldhorn-, Klavier- und dazu eine sehr wirksame und temperamentovolle Vortragskünstlerin, die u. a. bedeutende Darstellerinnen, wie z. B. besonders treffend, die Poete Guillebert, imitiert. Jim und Jam sind musikalische Akrobaten von außerordentlicher, origineller Komik; sie erzielen mit ihren Scherzen durchschlagende Lacherfolge. Der Humorist Wolff-Scheele kam wegen großer Heiterkeit, die er sich auf der Reise geholt, nicht recht zur Geltung. Im übrigen wird das Programm unterhaltend ergänzt durch die sehr feine, geschäftsmäßige Soubrette Vosi Fauly, den Tanzkünstler Oeragaard und die lustigen Schornsteinfeger Gebr. Werll.

o.c. Heidelberg, 15. Sept. In der heutigen Sitzung der ophthalmologischen Gesellschaft wurde der Graefe-Preis dem Privatdozenten Dr. Körner-Würzburg zuerkannt.

* Baden, 16. Sept. Die Frequenz der hiesigen Großherzoglichen Badanstalten war im Monat August dieses Jahres wiederum eine recht befriedigende. In fast allen Abteilungen war der Besuch ein stärkerer als im Monat August vorigen Jahres, besonders stärker aber als im Juli dieses Jahres. Der letztere Umstand ist natürlich hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Fremdenzufluß gerade im August, als im sogenannten Rennmonat, ein bedeutend größerer ist als in den übrigen Monaten.

* Freiburg, 16. Sept. Vor 30 Jahren wurde hier ein Verschönerungsverein gegründet, dessen erster Vorstand der verorbene General v. Gümler war. Seine erste Tätigkeit bestand darin, daß er das Waldsee-Anwesen erworben und die dort idyllische Anlage umgestaltete, die den reichhaltigen Aufenthalt der Freiburger seit vielen Jahren bildet. Nach zehnjährigem Bestand des Vereins wurde der Beschluß gefaßt, daß nach Ablauf von weiteren 20 Jahren der Waldsee mit Umgebung und Wirtschaft an die Stadtgemeinde übergehen solle, ein Zeitpunkt, der nunmehr eingetreten ist. In der zu diesem Zweck am vorgestern abend einberufenen außerordentlichen Generalversammlung wurde diese Angelegenheit rasch erledigt, und darf man mit Sicherheit annehmen, daß die Stadt diese ihr zugefallene herrliche Erwerbung noch mehr vervollkommen und verschönern werde, als dies einem Verein mit bescheidenen Mitteln möglich sein kann. Nach Erledigung verschiedener kleinerer Gegenstände, wie eine Rentenbewilligung für einen bejahrten Matrosen und einige Bewilligungen zu Zwecken der Wirtschaft, wurde nach längerer Debatte die vorgeschlagene Auflösung des Vereins, der seine Aufgabe nun erfüllt habe, mit großer Mehrheit abgelehnt und die Einberufung einer weiteren Generalversammlung beschlossen, welche über die Neubildung des Vereins in Verbindung mit einem Verkehrsverein Beschluß fassen soll.

* M. Nabolz, 16. Sept. Der alljährlich vom Verband der zehn oberbadischen Zuchtgenossenschaften veranstaltete Zentralzuchtmarkt wurde am 14. und 15. d. M. hier abgehalten und war mit 880 Zuchtieren besetzt, von welchen 487 für 207 887 M. nach Baden, Bayern, Württemberg, Elsaß, Hessen, Rheinland, Sachsen, Rheinpfalz, Thüringen, Ungarn und der Schweiz verkauft wurden. Der Käufer und Besucher gab es trotz des Regenwetters viele; es waren auch erschienen die Herren Geh. Oberregierungsrat Dr. Krenns und Regierungsrat Hafner aus Karlsruhe, der Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Hr. v. Wodanis aus Konstanz, Medizinalrat Professor Rühl aus Dresden u. a. Die erzielten Erfolge befriedigten die Züchter, da sie im allgemeinen recht hohe waren.

* Konstanz, 16. Sept. Heute vormittag fand in Gegenwart des Vertreters des Großh. Oberschulrats, Herrn Geh. Hofrat Dr. v. Sallwürk, der Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden, der Vorstände der hiesigen Lehranstalten, der Vertreter benachbarter Städte, der hiesigen Stadträte und der Stadtverordneten, der beteiligten Handwerker und Geschäftleute, die Eröffnung des neuen Oberrealschulgebäudes auf dem ehemaligen Schottenfriedhof statt. Nachdem die Schüler und Lehrer der Anstalt von dem alten Schulhause am Stephansplatz Abschied genommen und von dort in geschlossenem Zuge mit der Schulbahn an der Spitze auf dem Wege vor der neuen Oberrealschule angekommen waren, begaben sich die Teilnehmer sofort nach der Aula des Hauses, wo nach einleitendem Weihegesang der Schüler zunächst Herr Oberbürgermeister Weber die Anwesenden begrüßte, einen kurzen Rückblick auf die Baugeschichte des neuen Schulhauses warf, das mit einem Kostenanschlag von 589 200 M. vom Bürgerausschuß einstimmig genehmigt worden war, und zum Schluß auf Seine Königliche Hoheit den Großherzog, den edlen Förderer von Kunst und Wissenschaft, ein begeistertes aufgenommenes dreifaches Hoch ausbrachte. Die Festrede hielt der Anstaltsdirektor, Herr Heim. Herr Geh. Hofrat von Sallwürk überbrachte die Grüße und Glückwünsche der Großh. Oberschulbehörde. Die Herren Direktoren Rath und Kleemann entboten im Namen des Gymnasiums Nach der Höheren Mädchenschule herzliche Glückwünsche. Nach der Feier durchwandelten die Festgäste die Räume des allen neueren Anforderungen, besonders in hygienischer Beziehung, ent-

berühmten Schulgebäude und trafen sich schließlich wieder im großen Zeichenkabinett, wo auf Kosten der Stadt eine Besichtigung mit kaltem Bistret erfolgte. — In betreff der Ausfertigung des Kaufes möge kurz Erwähnung finden, daß es an der Fassade im Mittelbau die Bildnisse Goethes und Humboldts trägt, daß das Treppenhaus durch künstlerische Malereien die Herrlichkeit des Großenherzogs, das Reichs-, Staats- und Stadtwappen, allegorische Darstellungen von Kunst und Wissenschaft, Handel und Gewerbe, Bilder von Konstanz aus dem 16. und 20. Jahrhundert usw. gedämpftes Licht erhält und daß die Aula oder der Prüfungssaal drei große Vogenfenster mit farbiger Glaserarbeit und schöne Dekorationsmalerei mit dem Wappen der badischen Städte aufweist. Möge das neue Gymnasium, das dem Bürgerinne der Einwohner von Konstanz das schönste Zeugnis ausstellt, dazu dienen, tüchtige Söhne dem Vaterlande heranzubilden!

Keine Nachrichten aus Baden. In Ettlingen begingen am Dienstag die Christian Barbusch Eheleute in geistiger und körperlicher Frische das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Auf dem Rathaus fand aus diesem Anlasse eine kleine Feier statt, bei welcher der Großherzog die Erinnerungsmedaille überreichte. Namens der Stadt überreichte Herr Bürgermeister Häfner ein Exemplar der Geschichte Ettlingens. — Der Landwirt Fidel Spinner in Ottenhöfen wollte aus seiner Finte einen Schuh abfeuern, wobei der Lauf zerplatzte und dem unglücklichen Schützen derselbe die linke Hand zerquetschte, daß sie amputiert werden mußte.

Kaiser Wilhelm in Oesterreich-Ungarn.

Wahacs, 16. Sept. Seine Majestät der Deutsche Kaiser begab sich heute früh 8 Uhr auf die Fahrt nach Wien. Der Kaiser abermals auf die Fahrt im Revier Karpaten, wohin er sich morgen früh zum letzten Male begeben wird. Morgen nachmittag wird der Kaiser das Volksest in Bieder bejucken und abends nach Wien abreisen.

Wien, 17. Sept. Der Seine Majestät dem Deutschen Kaiser zugeweihte Ehrendienst wird sich am 18. September früh zur Begrüßung des Kaisers nach der Wiener Neustadt begeben.

Frankreich und Marokko.

Paris, 17. Sept. Der algerische Abgeordnete Thompson schreibt in Yper über die marokkanische Frage: Wenn wir auch fest entschlossen sind, uns in kein Abenteuer hineintreiben zu lassen, so können wir doch unsere Zurückhaltung nicht bis zur Hintanfetzung unserer eigenen Interessen treiben. Die radikale „Lanterne“ schreibt, Delcassé verahre sich da, daß er den Plan irgend einer Expedition nach Marokko verfolge, aber niemand zweifle daran, daß in militärischen Kreisen ehrgeizige Bestrebungen oder Kriegspläne bestehen. Der Plan, Marokko zu erobern, ist aber mahnsinnig; die Republik habe Besseres zu tun als ihr Kolonialreich zu vergrößern. — „Gaulois“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem französischen Diplomaten, der erklärt hat, das französische Ministerium des Auswärtigen denke in keiner Weise daran, die Verhandlungen zu begünstigen. Alle Anstrengungen der französischen Diplomaten seien darauf gerichtet, Zwischenfälle zu lokalisieren, um zu verhindern, daß die Tanagerfrage aufgeregter werde. Um die durch die Behauptungen Gaurés hervorgerufene Erregung zu beruhigen, genüge es, zu erklären, daß der französische Botschafter in London, Cambon, gegenwärtig in Versailles weile. Wenn irgend welche Verwicklungen zu befürchten seien, würde Cambon sicher auf seinem Posten sein.

Paris, 17. Sept. Der Generalgouverneur von Algerien, Camart, tritt heute die Rückreise nach Algerien an. Er habe mit dem Kriegsminister die Instruktionen fest, welche den militärischen Behörden Algeriens zugehen sollen. Die Leichte Kavallerie, welche für Kosten im äußersten Süden bestimmt ist, trifft in einigen Wochen in Algerien ein.

Sidi Bel Abbas, 17. Sept. Der Kommandant des 19. Armeekorps, General Case, hat, wie „Revue“ berichtet, mit Rücksicht auf die Vorgänge in Südoran angeordnet, daß diesmal das Manöver der Division vor Oran nicht stattfinden soll.

Zur macedonischen Frage.

Sofia, 17. Sept. Eine Meldung der „Agence Bulgare“ enthält Einzelheiten über Tag für Tag von türkischen Truppen in Mazedonien. Dieselben übersteigen jede Vorwarnung und in der Stadt Adrianopel bald keine türkische Bevölkerung mehr geben wird.

London, 17. Sept. Dem „Daily Chronicle“ zufolge hat die Regierung beschlossen, in Konstantinopel Verhandlungen bezüß Beendigung der Mazedonien in Mazedonien zu machen. Den Vorstellungen soll durch die Entsendung eines britischen Gesandten Nachdruck verliehen werden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 17. Sept. Der Reichskanzler ist gestern in Berlin eingetroffen.

Berlin, 16. Sept. Der „Reichsanzeiger“ gibt erneut die Veröfflichung des Kriegsministeriums bekannt, nach der den Kriegsverweigerern und Mannschaften die Teilnahme an den Feiern und Festlichkeiten ohne dienstliche Erlaubnis, sowie das Tragen revolutionärer Gesinnung, das Halten und die Verbreitung sozialdemokratischer Schriften verboten ist.

Kiel, 17. Sept. Seine königliche Hoheit der Großherzog von Hessen ist heute vormittag zum Stapellauf des Linien Schiffes „L“ hier eingetroffen und auf dem Bahnhof von Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich, dem Prinzen Neuf und den Admiralen v. Köster und v. Tirpitz begrüßt worden.

Hamburg, 17. Sept. Der Senat beantragt bei der Bürgererschaft die Bewilligung von 8301 500 M. zur Herstellung einer Wasserstraße für den oberelbischen Flußschiffsverkehr nach Altonaerhafen und die Errichtung neuer Zollabfertigungsstellen hierfür nebst der Herstellung einer Bahnverbindung von Peute nach dem Bahnhof Wilhelmshurg.

Dresden, 16. Sept. Seine Majestät der Kaiser verlieh dem kommandierenden General des 19. Armeekorps, von Treitschke, und dem sächsischen Kriegsminister, v. Hausen, das Großkreuz des Roten Adlerordens. Dem Kriegsminister wurde von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach das Großkreuz des sachsen-weimarschen Hausordens der Wachsamkeit verliehen.

Dresden, 16. Sept. Der sozialdemokratische Parteitag nahm nach zweieinhalbstündiger Debatte in namentlicher Abstimmung mit 283 gegen 24 Stimmen den Antrag des Parteivorstandes betreffend die Frage der Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern an. Auer, Bernstein, Heymann-Stuttgart und noch ein Delegierter enthielten sich der Abstimmung.

Der Antrag lautet: „1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure und Mitarbeiter an bürgerlichen Freizeitschriften tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird? Antwort: Nein. 2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzungen nicht zutreffen? Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen. Im Interesse der Partei sowohl, wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellen übertragen werden, weil solche sie früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müssen.“

München, 17. Sept. Wie die Abendblätter melden, hat Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent bezüglich der Vertretung Bayerns im Bundesrat und zwar im Ressort der Finanzverwaltung bestimmt, daß der stellvertretende Bundesratsbevollmächtigte, Ministerialdirektor Geiger, vom 1. Oktober an seinen Wohnsitz in Berlin nimmt und daß ferner zum weiteren stellvertretenden Bevollmächtigten Ministerialrat und Kronanwalt Burchard ernannt wird.

Glopp, 17. Sept. Seine Majestät der österreichische Kaiser trat gestern nachmittag, nachdem die Kavalleriemänöver beendet sind, mit dem Erzherzogen Franz Ferdinand und Franz Salvator unter begeisterten Rundgebungen der Bevölkerung die Rückreise nach Wien an.

Wien, 17. Sept. Seine Majestät Kaiser Franz Joseph ist heute früh von den Manövern aus Galizien hierher zurückgekehrt.

Paris, 17. Sept. Der royalistische Deputierte Vicomte de Roscou, der mit dem nationalistischen Deputierten Olivier gelegentlich der Reise des Ministerpräsidenten nach Treguier mit militärischer Gewalt vom Bahnhof in Guingamp ausgewiesen wurde, kündigt an, daß er hierüber beim Wiederzusammentritt der Kammer interpellieren werde.

Montemar, 17. Sept. Präsident Loubet nahm gestern die Parade über das 14. und 15. Armeekorps ab, deren große Manöver gestern beendet wurden. Der Präsident wurde von dem zahlreich herbeigeströmten Publikum lebhaft begrüßt.

Montemar, 17. Sept. Nach der Parade empfing Präsident Loubet die fremden Attachés und unterhielt sich mit jedem einzelnen. Der Präsident wohnte dem Frühstück bei und hielt eine Rede, in der er zunächst die fremden Offiziere begrüßte und die Hoffnung ausdrückte, daß sie die sympathischen herzlichen Gefühle, welche sie in der ganzen französischen Armee gefunden hätten, in gutem Andenken behalten würden. Er beglückwünschte die Generale und andern Offiziere zu der schneidigen und guten Haltung der Truppen und bemerkte schließlich, daß die Wunsche der Republik, ein unterrichtetes, wohl disziplinirtes und starkes Heer zu haben, dem ein solches sei die beste Bürgschaft für den Frieden, da die Völker gern sich dem Starcken näherten, aber selten dem Schwachen, dessen Freundschaft und Beistand ihnen nichts nütze.

London, 17. Sept. Die Klauungen der Presse zu dem gestern erschienenen Manuscript über den auswärtigen Handel lassen als allgemeine Auffassung erkennen, daß die darin enthaltenen Ziffernangaben zur Unterstützung der Theorien beider Parteien verwertet werden können. Der „Standard“ findet, daß der Inhalt des Manuscripts weder den extremen Anhängern der einen, noch denen der anderen Richtung völlig recht gebe. Es bilde eine umfangreiche Warnung gegen vorhastige Schlusfolgerungen. Obgleich der Schurzoll zweifellos in einem gewissen Maße zum Emporkommen von Englands Nebenbuhlern mitgewirkt habe, sei es doch zweifelhaft, ob er mehr als eine subsidiäre Ursache desselben sei. Die Lage Englands weise nichts auf, was Verzagtigkeit und Beunruhigung rechtfertigen würde. — „Daily News“ meint hingegen, die mitgeteilten Ziffern seien der völlig bündige Beweis für den fortwährenden Wert des Freihandels. Das Blatt hebt besonders die Zahlen hervor, nach denen die Lebenshaltung des Arbeiters in den letzten Jahren sich in England bedeutend mehr gehoben habe, als in Deutschland. — Die „Times“ meint, der große dargebotene Stoff erfordere sorgfältiges Studium; doch gehe aus demselben gewiß nichts hervor, was mit Walfours Annahme in Widerspruch stehe, daß Englands Ausfuhrhandel in schmerzlich bedeutsamer Weise zurückgehe.

St. Petersburg, 17. Sept. In Homel, im Gouvernement Mochilew, entstand infolge eines Streites zwischen einem Juden und einem jüdischen Händler eine Schlägerei. Die Juden empfangen die eingreifende Polizei mit Steinwürfen und Schüssen. Mehrere Personen wurden verwundet. Am 14. September wiederholten sich die Unruhen, nachdem Arbeiter jüdische Juden zerstört hatten. Die Juden wehrten sich, wobei auf beiden Seiten etwa 20 Leute verwundet wurden. Auf das anrückende Militär schossen die Juden. Das Militär erwiderte das Feuer; im ganzen wurden 4 Christen und 2 Juden getötet, 5 Christen und 9 Juden verwundet.

St. Petersburg, 16. Sept. In Kars eilte am 15. September unter Glockengeläute eine große Menge Armenier herbei und lagerte sich um die Kirche, als die Beamten zum Empfang der armenischen Kirchengüter schritten. Die Aufforderung der Polizei, auseinander zu

gehen, beantwortete die Menge mit Steinhagel und Schüssen und drängte die Polizei zurück. Zum Schutze derselben eilten 200 Kosaken herbei. Die stetig anwachsende Menge empfing diese mit Steinen und Schüssen. Da der Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht gefolgt wurde, waren die Kosaken gezwungen, einzelne Schüsse abzugeben, worauf der Platz geräumt wurde. Mehrere Soldaten wurden verletzt, von der Menge einer getötet und zwei verwundet. Verhaftet wurden 77 Personen, darunter zwei Geistliche.

Baku, 16. Sept. Hier begannen Unruhen wegen Uebergabe des armenischen Kirchenvermögens. Zur Unterdrückung der Unruhen wurde Militär requiriert, das auf Armenier, die sich mit Revolver und Steinen bewaffnet, im Kirchhof bei der armenischen Kathedrale und den anliegenden Straßen zusammenrottete, schoß. 20 Personen, die sich an der Kundgebung beteiligten, wurden verwundet; davon starben drei. Ein Matrose wurde getötet.

Aden, 17. Sept. Nördlich von Dohala hat ein Gefecht zwischen Arabern und einer Abteilung des Gambire-Regiments stattgefunden, bei dem auf englischer Seite ein Mann fiel und vier verwundet wurden. Der Verlust der Araber betrug 7 Tote und 14 Verwundete.

Konstantinopel, 16. Sept. Die Nachricht von Ausschreitungen gegen russische Mönche in Jerusalem sind anscheinend falsch. Weder die Forie noch die Botschafter erhielten hierauf bezügliche Meldungen.

Sofia, 17. Sept. Fürst Ferdinand ist gestern hier eingetroffen.

Teheran, 17. Sept. Der persische Premierminister wurde seines Postens enthoben und ins Ausland verbannt.

Verschiedenes.

Berlin, 16. Sept. Das Landgericht I Berlin verhandelte heute gegen den Schriftsteller Paul Koch und den Rechtsanwalt Eduard Jüngst wegen Beschimpfung der jüdischen Religion. Unter Anklage stand die Broschüre Kochs: „Der Ritualmord, eine neue Forderung des alten Testaments“, die nachweisen will, daß auch die heutigen Juden den Ritualmord noch als Gebot ihrer Religion anerkennen müssen. Der Gerichtshof sprach Jüngst frei, da es sowohl für die Verbreitung der Broschüre durch ihn, als auch für die Mittäterschaft an der nötigen Unterlage fehlte, erklärte die in der Broschüre aufgestellte Behauptung Kochs für unwahr und beschimpfend und verurteilte Koch zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten welche Strafe, da Koch noch 6 Monate zu verbüßen habe, in eine Haftstrafe von 14 Tagen Gefängnis umgewandelt wurde.

Breslau, 17. Sept. (Telegr.) Auf dem Dominium Ober-Schlaube bei Gubrau erstickten infolge Einatmens von Kohlen gas 7 jugendliche polnische Arbeiter.

Budaun, 16. Sept. Das Ehepaar Frenzel aus Meran hatte sich heute vor der hiesigen Strafkammer wegen Betrugs begangen durch spiritistischen Unfug nach Art der Anna Nethe, zu verantworten. Frau Frenzel wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, der Ehemann freigesprochen.

Salzburg, 16. Sept. (Telegr.) Das Hochwasser richtet fortgesetzt großen Schaden an.

Klagenfurt, 16. Sept. (Telegr.) Die gegenwärtige Hochwasserkatastrophe nahm bisher in Kärnten einen unerreichten Umfang an. Fast alle Täler sind überschwemmt, die Brücken und Reichsstraßen zerstört. Die Ernte ist vernichtet. Auch in den Wäldern ist großer Schaden angerichtet. Im Riesertale wurden zwei Leichen gefunden; auf der Liefertreib ein hölzernes Bauernhaus mit Bewohner.

Marseille, 16. Sept. (Telegr.) Der Zustand der im Krankenhaus befindlichen Personen bessert sich fortwährend. Die bakteriologische Untersuchung ergab bei den verdächtigen Kranken kein Anzeichen von Pest.

Madrid, 17. Sept. Wegen bedeutender Verwüsterungen, die kürzlich bei der Madrider Polizei vorgekommen sind, wurde der Polizeichef seines Amtes enthoben und durch einen Beamten des Sicherheitsdienstes ersetzt. Sämtliche Polizeibeamten wurden ebenfalls abgesetzt. Die Ursachen dieser Entschüßigung werden amtlich bekannt gegeben.

New-York, 17. Sept. (Telegr.) New-York wurde gestern von einem starken Sturm heimgesucht, der großen Schaden anrichtete. Die Windstärke betrug 60 englische Meilen in der Sekunde. Seit Jahren herrschte kein so gewaltiger Sturm an der Küste von New-York. Präsident Roosevelt befand sich, als er sich an Bord der Flottenacht „Clyde“ zur Besichtigung der Einmündereinrichtungen nach Ellis Island begab, infolge des Wetters einige Zeit in gefährlicher Lage.

Rio de Janeiro, 16. Sept. (Telegr.) Die Pest, welche in den letzten Jahren erwiesenermaßen hier niemals gänzlich erloschen ist, tritt neuerdings in etwas verstärktem Maße auf. Einige vereinzelte Todesfälle sind vorgekommen. Gegen 60 Personen werden im Krankenhaus behandelt. Strenge Maßregeln gegen Weiterverbreitung der Pest sind getroffen.

Großherzogliches Hoftheater.
Freitag, 18. Sept. Abt. C. 5. Ab.-Vorst. (Mittelpreise). „Philemon und Baucis“, Oper in 2 Bildern von Jules Barbier und Michel Carré, Musik von Charles Gounod. — Neu einstudiert: „Gute Nacht, Herr Pantalon“, komische Oper in 1 Akt von Albert Grisar. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetter am Mittwoch, den 16. September 1903.
Hamburg, Münster und Chemnitz trüb; Neufahrwasser heiter; Evinemünde und Breslau anhaltend Regen; München vormittags Regen; Metz nachmittags Regen.

Wetternachrichten aus dem Süden
vom 17. September 1903, 7 Uhr früh.
Triest bedeckt 17 Grad; Nizza heiter 13 Grad; Florenz bedeckt 12 Grad; Rom halbbedeckt 16 Grad.

Wetterbericht des Centralbureaus für Meteorologie u. Hyd.
vom 17. September 1903.

Die Infidruverteilung hat sich seit gestern wesentlich umgestaltet. Ueber Nordosteuropa besteht zwar noch ein barometrisches Maximum, doch hat sich ein zweites über der westlichen Hälfte des Festlandes ausgebildet. Ueber dem östlichen Deutschland und über Polen liegt noch eine flache Depression, welche in weitem Umkreis regnerisches Wetter verursacht. In Frankreich hat es aufgeklart. Teils heiteres, teils neblig und unter Tags wärmeres Wetter ist zu erwarten.

Verantwortlicher Redakteur:
(in Vertretung von Julius Raß) Adolf Kertzing, Karlsruhe.

